

## WIR FRAGEN: WAS SIND DIE POSITIONEN IHRER PARTEI ZUM DISKRIMINIERUNGSSCHUTZ?



### ERWEITERUNG DES ZEITRAHMENS FÜR DIE ARBEITSSUCHE VON UNIONSBÜRGER\*INNEN

Die letzten Änderungen des Freizügigkeitsgesetzes sehen vor, dass Unionsbürger\*innen sich zum Zweck der Arbeitssuche maximal 6 Monate in Deutschland aufhalten dürfen – eine Zeit in der es auf dem deutschen Arbeitsmarkt kaum möglich ist, eine Stelle zu finden. Wenn die Unionsbürger\*innen keinen anderen Freizügigkeitszweck vorweisen können, droht ihnen die Aberkennung der Freizügigkeit durch die Ausländerbehörde. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Begrenzung des Zeitrahmens für die Arbeitssuche von Unionsbürger\*innen (FreizügG) zu verlängern oder die Zeitbeschränkung ganz aufzuheben?

#### Antworten der Parteien



Für das Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche gibt es keine feste Frist. Nach der Rechtsprechung des EuGH besteht es mindestens für 6 Monate. Danach darf ein Nachweis verlangt werden, dass weiterhin aktiv und mit begründeter Aussicht auf Erfolg Arbeit gesucht wird. § 2 Abs. 2 Nr. 1a FreizügG legt seit Dezember 2014 fest, dass das Aufenthaltsrecht von EU-Bürgern/innen zur Arbeitssuche auf 6 Monate begrenzt ist, sofern sie nicht nachweisen können, dass sie weiterhin Arbeit suchen und begründete Aussicht haben, eingestellt zu werden. § 2 Abs. 2 Nr. 1a FreizügG darf nicht dahingehend verstanden werden, dass das Aufenthaltsrecht nach 6 Monaten automatisch endet. Gesetzlichen Anpassungsbedarf sehen wir hier nicht.



Ein Recht auf Arbeitssuche besteht solange, wie eine "begründete Aussicht" auf Erfolg besteht, was eine ernsthafte Suche ebenso voraussetzt wie reale Einstellungschancen (Urteil des EuGH vom 26.02. 1991, Az. C-292/89) Der deutsche Gesetzgeber hat auf Grund der EU-Freizügigkeit wenig Spielräume, die Einwanderung von Unionsbürgern rechtlich zu steuern. Handlungsbedarf sehen wir derzeit nicht.



DIE LINKE hat sich gegen die Verschärfungen des Freizügigkeitsrechts ausgesprochen und ist von Beginn an gezielten Missbrauchskampagnen gegen so genannte „Armutszuwanderer“ aus anderen EU-Staaten energisch entgegengetreten. Wir sind für eine positive und solidarische Ausgestaltung der EU-Freizügigkeit und setzen auf sozial- und arbeitsmarktpolitische Unterstützungsmaßnahmen statt auf eine Strategie der Ausgrenzung und Entrechtung. Bund, Länder, Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften müssen Konzepte und Maßnahmen entwickeln, wie die Integration insbesondere der zur Arbeitssuche eingereisten

Unionsbürger\*innen verbessert und der Schutz vor ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und Mietwucher gesichert werden kann (vgl. unseren Antrag, BT-Drs. 18/3080).



Die Freiheit, Grenzen zu überschreiten, ist ein zentraler europäischer Wert. Sie fördert das Gefühl der Zusammengehörigkeit und stärkt europäische Werte. Der o. g. strikten zeitlichen Begrenzung stehen wir skeptisch gegenüber. Wir sprechen uns dafür aus, dass Unionsbürger\*innen nach drei Monaten Grundsicherung nach dem SGB II zu gewähren, wenn diese bereits eine Verbindung zum hiesigen Arbeitsmarkt aufgebaut haben und aktiv nach Arbeit suchen. Beratung, Vermittlung, berufliche und sprachliche Qualifizierung und sonstige Maßnahmen zur Integration sollen von Anfang an zur Verfügung stehen. Allerdings sollen Unionsbürger\*innen von Leistungen nach dem SGB II und SGB XII auch ausgeschlossen werden können, wenn sie nicht oder nicht mehr nach Arbeit suchen oder ihre Arbeitsuche keine Aussicht auf Erfolg hat.



Wir Freie Demokraten stehen hinter der Arbeitnehmerfreizügigkeit der EU und sind für gleichberechtigte Chancen auf Arbeit und Wohlstand für die Unionsbürger. Gleichzeitig wollen wir aber auch keine Transfer-Union. Sozialpolitik ist und bleibt Aufgabe der Mitgliedstaaten. Zum Schutz des Missbrauchs der sozialen Sicherung halten wir daran fest, dass Ausländerbehörden den Aufenthalt von EU-Ausländern, die sich zwischen drei und sechs Monaten im Land aufhalten und weder eine Arbeit noch eine andere Existenzgrundlage nachweisen können, konsequent zu beenden und so eine dauerhafte Zahlung von Sozialhilfe zu vermeiden.



Von der AfD haben wir bis zum spätesten Abgabedatum (04.08.2017) keine Antworten auf die Wahlprüfsteine erhalten.

Dies ist ein Wahlprüfstein des Projekts "Die Wahlprüfsteine", in dem sich 18 Verbände und Initiativen aus dem Bereich der Antidiskriminierung zusammengeschlossen haben. Insgesamt wurden 93 Wahlprüfsteine zu den Themen Gleichstellung und Teilhabe den Parteien zur Beantwortung vorgelegt, die bei der Bundestagswahl 2017 gute Chancen auf den Einzug in den Bundestag haben.



[www.die-wahlpruefsteine.de](http://www.die-wahlpruefsteine.de)



[www.facebook.com/Die.Wahlpruefsteine](https://www.facebook.com/Die.Wahlpruefsteine)